



Stephan Krull:  
100 Jahre 8-Stunden-Tag  
Otto König/Richard Detje:  
Aufspaltung thyssenkrupp

Mit Beiträgen u.a. von  
Ursula Schumm-Garling, Klaus  
Busch, Antonio Santamaria,  
Michael Wendl, Joachim Bischoff,  
Hinrich Kuhls, Klaus Steinitz,  
Alban Werner, Heiner Karuscheit

Forum  
Gewerkschaften

# BREXIT

THIS IS WHAT  
THE PARTY IS  
FOCUSING ON NOW



# EXIT

# R



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

## Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

### Die Konservative Revolution



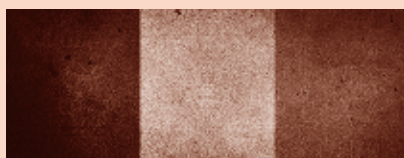
Die Ergebnisse der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober 2018 zeigen starke Bewegungen in der Parteienlandschaft. Die CSU hat das schlechteste Ergebnis seit 1950 erzielt und ihre absolute Mehrheit verloren. Die AfD zieht in den 15. Landtag ein. ...

### Trump im Konfrontationsmodus, China auf Öffnungskurs



Die Konturen von US-Präsident Donald Trumps Handelsstrategie werden mit jedem Tag klarer. Amerikas Handelspartner sehen sich dramatischen Konfrontationen und Bedrohungen ausgesetzt. ...

### Belgiens Mitte geschwächt



Belgiens Wählerschaft hat die etablierten Parteien sowohl der Schweden-Koalition (Liberale und Rechtspopulisten) als auch der Sozialdemokraten abgestraft. 38% der Belgier\*innen würden am liebsten sowohl bei Kommunalwahlen als auch bei den Parlamentswahlen nicht mehr ihre Stimme abgeben, wenn die strafbewehrte Wahlpflicht entfiel. ...

### Niedergang der Sozialdemokratie

|   |   |
|---|---|
| Michael Wendl: Ratlos am Tiefpunkt. Die SPD nach der Bayernwahl | 2 |
| Redaktion Sozialismus: Schweden: Erneuerung des Sozialstaates?  | 6 |

### Berliner Republik: Ost & West, Alt & Jung

|   |    |
|---|----|
| Ulrich Busch/Klaus Steinitz: Retrospektiv und erfolgsbetont<br>Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018 | 9  |
| Joachim Bischoff/Bernhard Müller:<br>Demografischer und gesellschaftlicher Wandel   | 14 |

### Fallstricke der »Selbst-Bestimmung«

|   |    |
|---|----|
| Hinrich Kuhls: Brexit – ein gordischer Knoten. Das irrationale Versprechen der Rückkehr zur »vollen nationalen Souveränität«                      | 21 |
| Klaus Busch: Das italienische Haushaltsdefizit und die Gefahren für die Eurozone  | 26 |
| Ursula Schumm-Garling: Europas Militarisierung schreitet voran  | 30 |
| Antonio Santamaria: Nationalistisch oder demokratisch? Die soziale Struktur der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung und die demokratische Frage | 32 |

### Gefühlte Legitimierung

|   |    |
|---|----|
| Detlef Umbach: Trump, seine Partei und seine Anhänger<br>Ein Ausblick auf die US-Zwischenwahlen | 37 |
|---|----|

## Forum Gewerkschaften

|   |    |
|---|----|
| Otto König/Richard Detje: thyssenkrupp – riskante Aufspaltung. »Selbsterlegung« und vertane Chance der Arbeitnehmervertreter im montanmitbestimmten Konzern | 42 |
| Michael Wendl: Geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung Mit dem »Comparable Worth-Index« gegen den Gender Pay Gap?  | 46 |
| Stephan Krull: Wege entstehen im Gehen. 100 Jahre 8-Stunden Tag   | 51 |

### Die Rechte 2018/1918

|  |    |
|--|----|
| Alban Werner: Eine vieldeutige Hydra. Rechtspopulismus und Arbeiter*innenklasse (zu Becker u.a., Arbeiterbewegung von rechts?) | 55 |
| Heiner Karuscheit: Revolution und Konterrevolution 1918<br>Das Scheitern einer bürgerlichen Revolution und die Folgen          | 58 |

### Impressum | Veranstaltungen | Film

|                                      |    |
|--------------------------------------|----|
| Impressum                            | 49 |
| Veranstaltungen & Tipps              | 64 |
| Klaus Schneider: Dogman (Filmkritik) | 65 |

### Sozialismus extra

|  |  |
|--|--|
| Klaus Busch/Joachim Bischoff/Axel Troost<br>Wohin treibt Europa?   Plädoyer für eine solidarische EU |  |
|--|--|

# Das italienische Haushaltsdefizit und die Gefahren für die Eurozone

von ■ Klaus Busch



v.l.n.r.: Luigi Di Maio, Giuseppe Conte, Matteo Salvini, Giovanni Tria, Rom, 15.10.2018 (dpa)

Zwischen der neuen populistischen Regierung in Italien und der Europäischen Union (EU) spitzt sich ein Konflikt um den Haushalt Italiens für das Jahr 2019 zu, der für Italien und die Eurozone zu gravierenden ökonomischen Problemen führen kann.

## Die Daten zum Haushalt 2019

Die Vorgängerregierung unter Paolo Gentiloni (Partito Democratico) hatte mit der Europäischen Kommission eine Absenkung des Haushaltsdefizits auf 0,8% vereinbart, um den hohen Schuldenstand Italiens in Höhe von 2,3 Billionen Euro (132% des BIP) reduzieren zu können. Die neue Regierung plant gegen den Willen ihres parteilosen Finanzministers Giovanni Tria, das Defizit auf 2,4% zu erhöhen, weil die beiden Ko-

alitionenparteien, Lega und Movimento Cinque Stelle (M5S), beginnen wollen, einen Teil ihrer Wahlversprechen einzulösen. Dazu zählen neben einer Senkung der Steuern für Kleinunternehmen eine Erhöhung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung sowie der Einstieg in eine Form eines sozialen Mindesteinkommens (Grundeinkommen). Besonders Letzteres ist in Italien sehr populär, kennt das Land doch bislang keine soziale Mindestsicherung.

Vom Internationalen Währungsfonds (IWF), von der Europäischen Kommission, vom Rechnungshof sowie von der Notenbank Italiens und von allen Regierungen der EU, die sich bislang dazu öffentlich geäußert haben (Frankreich, Deutschland, Niederlande, Österreich), wird die italienische Regierung für die Erhöhung des Haushaltsdefizits heftig

kritisiert, eine offene Unterstützung ist bislang noch von keiner Regierung eines EU-Staates formuliert worden. Selbst die Regierung Portugals verwarft sich gegen Vergleiche zwischen ihrem Haushaltsplan für 2019 und demjenigen Italiens.

Die Kritiker weisen auch darauf hin, dass das Defizit mit hoher Wahrscheinlichkeit noch wesentlich höher ausfallen dürfte als angegeben, weil die in der Haushaltsplanung für 2019 zugrunde gelegte Wachstumsrate des italienischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 1,5% nicht realistisch ist. Einerseits hat der IWF die erwarteten Wachstumsraten der Weltwirtschaft für 2018 und 2019 deutlich nach unten korrigiert, unter anderem aufgrund des Risikos von protektionistischen Handelskonflikten. Andererseits werden die für

Italien von den Finanzmärkten durchgesetzten höheren Zinsen für Staatsanleihen, die auch das allgemeine Zinsniveau nach oben ziehen, die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft dämpfen. Und schließlich kommt so der anfällige Bankensektor Italiens, der ohnehin unter einer hohen Last notleidender Kredite leidet und den Löwenanteil der Staatsanleihen Italiens in seinen Büchern hat, weiter unter Druck. Die Folge sind drohende Bankenpleiten sowie eine Zurückhaltung des Sektors bei der Vergabe von Krediten («credit crunch»).

Wenn sich der Streit zwischen Brüssel und Rom über den Haushalt weiter zuspitzt, wird die steigende Zinslast den Staat und die Wirtschaft Italiens erdrücken, lange bevor die erhöhte Nachfrage aufgrund der gestiegenen staatlichen Sozialausgaben sich makroökonomisch positiv auswirken kann. Italien ist in der EU absolut isoliert und kann deshalb den Kampf gegen die Europäische Kommission und die Finanzmärkte nicht gewinnen.

Die beiden Vizepremiere Italiens, Matteo Salvini (Lega) und Luigi Di Maio (M5S), tönen zwar, dass ihnen das Wohlergehen des italienischen Volkes wichtiger sei als das Wohlgefallen der Finanzmärkte, dennoch wird ihre Lage politisch und ökonomisch immer brenzlicher werden, je stärker sich das Haushaltsdefizit und die Zinsen erhöhen.

### **Drei Szenarien über den weiteren Verlauf des Konflikts**

Der Streit zwischen Italien und der Europäischen Kommission kann sehr unterschiedliche Verlaufsformen annehmen. Im Folgenden werden drei denkbare Szenarien beschrieben.

#### **Szenarium 1**

Die Annahme, dass die Europäische Kommission den Haushalt Italiens für 2019 letztlich akzeptiert, ist nicht sehr realistisch, weil dies vor allem bei Staaten auf große Kritik stoßen wird, die in den letzten Jahren auf Druck von Brüssel eine starke Reduktion ihrer Haushaltsdefizite mit schmerzlichen Einschnitten vor allem im sozialen Bereich vorgenommen haben, z.B. die Niederlande und Österreich. In einem ers-

ten offiziellen Kommentar der Europäischen Kommission zum Haushalt, der bereits wenige Tage nach der Übermittlung des Plans an Brüssel abgegeben wurde, hieß es bereits, man müsse mit der italienischen Regierung Gespräche führen, weiche doch der Haushalt von den ursprünglichen Vereinbarungen zwischen Rom und Brüssel deutlich ab.<sup>1</sup> Derartige Einigungsversuche werden aber aus heutiger Sicht von Salvini und di Maio abgelehnt werden, weil diese ihre Wahlversprechen auch mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament wenigstens teilweise einlösen wollen.

#### **Szenarium 2**

Der Streit um den Haushalt zwischen Rom und Brüssel spitzt sich so zu, dass der Anstieg der Zinsen auf den Finanzmärkten für Italien nicht mehr verkraftbar ist. Die geplante Neuverschuldung Italiens in Höhe von 2,4 Mrd. Euro. Sollte das Zinsniveau für italienische Staatsanleihen aufgrund des Konflikts von jetzt 3,4% bis 3,8% weiter in Richtung 5% ansteigen, würde dies bei einem jährlichen Refinanzierungsbedarf von 400 Mrd. Staatsschulden die Schuldentragfähigkeit des Landes übersteigen.

Zu einer Verstärkung des Zinsanstiegs dürfte Ende Oktober auch beitragen, dass einige Ratingagenturen (Moody's und Standard and Poor's) die Bonität Italiens weiter in Richtung Ramschniveau herabzustufen beginnen. Von der EZB kann sich Italien in dieser Situation durch Anleihekäufe ebenfalls keine Entlastung erhoffen, weil die Europäische Zentralbank keine Anleihen von Staaten kaufen darf, die sich im »Verfahren eines übermäßigen Defizits« nach Artikel 126 AEUV befinden.

Es wird in diesem Szenarium angenommen, dass die italienische Regierung unter den beschriebenen Bedingungen eine Unterstützung durch den ESM und den IWF beantragt. Der ESM alleine verfügt zurzeit nur über eine Schlagkraft von ca. 700 Mrd. Euro, die bei einem jährlichen Refinanzierungsbedarf Italiens von 400 Mrd. Euro bereits nach zwei Jahren aufgebraucht wären. Deshalb wird hier unterstellt, dass

Italien eine zusätzliche Unterstützung durch den IWF beantragen würde.

Für die italienische Regierung, die sich stets vollmundig für Widerstand gegen die EU-Haushaltsregeln ausgesprochen hat, würde dieser Schritt einem Waterloo gleichkommen. Das ökonomische Anpassungsprogramm, welches der ESM und der IWF Italien im Gegenzug für die Kreditgewährung abverlangten, würde die italienische Wirtschaft in eine Rezession treiben mit den bekannten negativen sozialen Begleiterscheinungen.

#### **Szenarium 3**

In diesem Szenarium weist Italien die Auflagen des ESM und des IWF zurück, verlässt die Eurozone und kehrt zur Lira zurück.<sup>2</sup> In der unmittelbaren Folge der Rückkehr zur nationalen Währung würde die neue (alte) Lira stark abwerten, was von den Befürwortern einer Abwendung vom Euro als der entscheidende Vorteil dieses Schritts betrachtet wird.

Eine Abwertung ist aber nicht ohne Kosten zu haben. Sie wird nur dann zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes führen, wenn sie mit einer Reallohnsenkung einhergeht. Kommt es aber nach einer nominalen Abwertung zu einer Kette aus importierter Inflation und kompensatorischen Lohnsteigerungen, wird das inländische Preisniveau schnell nach oben verschoben, die abwertungsbedingte Verbesse-

*Klaus Busch ist Professor (im Ruhestand) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück und europapolitischer Berater der Gewerkschaft ver.di. Letzte Buchveröffentlichung (gemeinsam mit Joachim Bischoff und Hajo Funke): Rechtspopulistische Zerstörung Europas?, VSA: Verlag Hamburg 2018.*

<sup>1</sup> Am 23.10.2018 hat die EU-Kommission zum ersten Mal vorab einen Haushaltsentwurf abgelehnt. EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici wird von der italienischen Regierung verlangen, ihr Budget für das kommende Jahr »zu überarbeiten«. Nach der Zurückweisung hat Italien drei Wochen Zeit, um einen neuen Haushaltsentwurf vorzulegen. Die EU-Kommission hat dann gleichfalls bis zu drei Wochen für die Prüfung. Bleibt es bei der Kritik, kann die Kommission ein Verfahren wegen eines exzessiven Defizits eröffnen.

<sup>2</sup> Siehe hierzu bereits Busch, Klaus/Troost, Axel/Schwan, Gesine/Bsirnske, Frank/Bischoff, Joachim/Schrooten, Mechthild/Wolf, Harald: Europa geht auch solidarisch, Hamburg 2016, S. 41ff.

rung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit nach und nach ausgeglichen und führt schließlich zu einem ähnlichen realen Wechselkurs wie vor der Abwertung. Die von der nominalen Abwertung erhoffte längerfristige Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird nicht erreicht. Anders formuliert: Nur wenn die nominale Abwertung von einer entsprechenden Senkung der Reallöhne begleitet wird, kann sie auch zu einer realen Abwertung, also einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit führen.

Reallohnsenkungen sind jedoch nicht die einzigen Kosten, die mit einer Abwertung verbunden sind. Denn nach der Wiedereinführung der Lira würde sich sofort zeigen, dass Italien im internationalen Vergleich eine extrem hohe Staatsschuldenquote aufweist. Die Käufer italienischer Staatsanleihen würden deshalb zur Kompensation des größeren Risikos höhere Zinsen verlangen. Aufgrund der Intervention der EZB (»whatever it takes«) wurde im Eurosystem der »spread« der italienischen Zinsen gegenüber den deutschen Zinsen (benchmark) sehr gering gehalten.

Wegen der Abwertung der Lira gegenüber dem Euro würden darüber hinaus die Staatsschulden Italiens, in nationaler Währung gerechnet, deutlich ansteigen.<sup>3</sup> In nationaler Währung müsste Italien für die Bedienung seiner in ausländischer Hand befindlichen Eurostaatsschulden dann einen steigenden Zins- und Tilgungsbetrag aufwenden.

Damit würde sich das Land aufgrund der Wiedereinführung der Lira in einer Zins- und in einer Schuldenfalle befinden. Sowohl für die Finanzierung der Neuverschuldung als auch für die Bedienung der Altschulden müsste der italienische Haushalt eine wesentlich höhere Zins- und Tilgungslast tragen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wäre Italien dann erneut auf öffentliche Kredite internationaler Institutionen wie den IWF angewiesen. Diese würden als Bedingung für die Kredite die Durchsetzung der weiter oben beschriebenen Deflationspolitik verlangen.

Mario Draghi hat die Vertreter des Movimento Cinque Stelle schließlich vor der Forderung nach einem Austritt aus dem Euro gewarnt, indem er auf das Problem der Target-2-Salden<sup>4</sup> hin-

gewiesen hat. Staaten, die das Eurosystem verlassen wollten, hätten zuvor ihre gegebenenfalls negativen Target 2-Salden, also ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem EZB-System, zu begleichen.<sup>5</sup> Deutschland verzeichnete im Juli 2018 einen positiven Saldo in Höhe von 913 Mrd. Euro und die Niederlande in Höhe von 133 Mrd. Euro. Dagegen hatte Spanien einen negativen Saldo von 402 Mrd. Euro und Italien von 413 Mrd. Euro.<sup>6</sup> Dieser hohe Negativsaldo Italiens spiegelt auch eine deutliche Zunahme der Kapitalflucht aus dem Land wider, seit sich im Frühjahr 2018 abzeichnete, dass eine europafeindliche populistische Regierung die Macht übernehmen könnte.

Würde Italien aus dem Eurosystem ausscheiden, hätte es nach Aussagen Draghis zuvor seine Verbindlichkeiten gegenüber dem EZB-System abzulösen, und zwar durch Devisen, Gold oder andere Vermögenswerte. Da die 413 Mrd. Euro im Moment ca. 25% des BIP Italiens ausmachen, wäre Italien nicht in der Lage, dieser Forderung nachzukommen. Das macht deutlich, welche ökonomischen Belastungen auf Italien zukämen, würde es den Euro verlassen.<sup>7</sup> Müsste die EZB diese Forderungen dann abschreiben, würden die Bilanzen der nationalen Zentralbanken und letztlich die nationalen Staatshaushalte in Mitleidenschaft gezogen werden (Deutschland hätte 27% der Verluste zu tragen).

In welchem Umfang die Eurozone bei Eintritt der Szenarien 2 und 3 betroffen wäre, hinge vor allem vom Ausmaß des Ansteckungsprozesses ab, der auf die Staatsanleihen der anderen südeuropäischen Länder ausgehen würde. Vor allem der Austritt aus der Eurozone würde nicht nur in Italien, sondern auch in der EU mit hoher Wahrscheinlichkeit eine größere Rezession auslösen.

### **Die Zukunft Italiens liegt in einer reformierten Eurozone**

Die Krise um den italienischen Haushalt wird auch Auswirkungen auf die Pläne zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion haben, über die seit dem Frühjahr 2017 wieder verstärkt verhandelt wird. Seit Sommer 2018 stecken diese Diskussionen in der Sackgasse,

weil weder in der Frage eines größeren EU-Haushalts (und eines eigenen Eurozonenhaushalts), noch über die Einführung einer Stabilisierungsfunktion bei asymmetrischen (nur einzelne Länder betreffende) Krisen, noch über die Einführung einer gemeinsamen europäischen Einlagenversicherung bei Banken auch nur ansatzweise Einigkeit herzustellen ist.

Einerseits blockt der Club der zwölf »hanseatischen« Länder<sup>8</sup> jeden Wunsch nach einem größeren Haushalt sowie eines eigenständigen Eurozonenhaushalts strikt ab, andererseits kommen auch die deutsch-französischen Verhandlungen über alle genannten Fragen nicht vorwärts, weil vor allem in der CDU-CSU-Bundestagsfraktion Widerstand gegen jede Form der Vertiefung der Integration artikuliert wird.

Die Gegner der Reformpläne argumentieren, die EU/Eurozone könne mit den geplanten Reformen nicht eine italienische Regierung belohnen, die ihr Land selbstverschuldet in eine Krise manövrierte. Selbst in der Frage eines »backstops« für den Bankenabwicklungsfonds, in der bislang dahingehend Einigkeit zu herrschen schien, dass der ESM diese Funktion einer letztendlichen Absicherung des Fonds übernehmen solle, ist erneut angesichts der Perspektive einer Zuspitzung der Bankenkrise in Italien eine Vertagung der Entscheidung im Gespräch. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass bis Ende dieses Jahres in den Fragen der WWU-Reformen keinerlei Fortschritt erzielt werden kann. Da nach den EP-Wahlen im Mai 2019 auch eine neue Europäische Kommission gewählt wird, würden in diesem Falle alle Reformpläne mit ungewisser Perspektive ad calendae graecas verschoben werden.

Es ist also deutlich, dass die Politik der populistischen italienischen Regierung für das eigene Land und auch für die Eurozone sehr negative ökonomische Folgen haben kann. Dennoch wäre es verkürzt, die Verantwortung für diese Entwicklung nur Italien anzulasten. Zur Machtübernahme durch die beiden populistischen Parteien ist es zwar auch aus innenpolitischen Gründen gekommen – vor allem der massiven Korruptionsskandale sowohl in der Endphase

des Fünf-Parteien-Systems unter Führung der Christdemokraten Anfang der 1990er Jahre (»Tangentopoli« und »Mani pulite«) als auch nach vier Mitte-Rechts-Koalitionen unter Führung Berlusconi, die mit Unterbrechungen von 1994 bis 2011 Italien regierten.

Die zweite wichtige Ursache für den Durchbruch des Populismus waren aber die großen sozioökonomischen Probleme des Landes, die im hohen Maße mit der von der EU intonierten Austeritätspolitik zu tun haben. Die europäischen Sparauflagen haben die ökonomische Stagnationskrise des Landes verfestigt und die Arbeitslosigkeit auf einem Niveau von 10-12% eingefroren. Darüber hinaus verursachten die »Reformmaßnahmen« im Rahmen der Austeritätspolitik hohe soziale Kosten, die das Aufkommen der populistischen Parteien begünstigten. Hier sind vor allem die Flexibilisierung der Tarifpolitik durch die Regierung Berlusconi zu nennen (Gesetz 148 von September 2011), die zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik beigetragen hat, und die Reform des jahrzehntelangen fortschrittlichen Kündigungsschutzes Italiens durch die Regierung Renzi im März 2015, durch welche die Pflicht zur Wiedereinstellung von ungerechtfertigt gekündigten Beschäftigten aufgehoben wurde.<sup>9</sup>

Die dritte Ursache für den Aufschwung des Populismus ist in der Flüchtlingskrise seit dem EU-Türkei-Abkommen zu sehen. Italien fühlte sich aufgrund des stärkeren Flüchtlingsstroms über die Libyen-Route überfordert und sah sich vor allem von der EU im Stich gelassen, welche die Umverteilungspläne zur Entlastung Griechenlands und Italiens auch nicht annähernd umsetzen konnte. Die Enttäuschung über die Wirtschafts- und die Flüchtlingspolitik haben in Italien die EU-Kritik stark ansteigen lassen.

Italien braucht die europäische Solidarität, eine reformierte EU- und Europapolitik, um seine sozioökonomischen Probleme bewältigen zu können. Ein solches europäisches Stabilisierungskonzept müsste wenigstens sechs Elemente enthalten:

1. Einen wachstums- und beschäftigungsorientierten Politikwechsel in

## Aktuelle Analysen zum Thema im Netz und in den letzten Heften:

Klaus Busch: Wahlen in Italien – Menetekel für die Europäische Union, Sozialismus.de, Heft 4-2018, S. 7-11.

Joachim Bischoff: Italien – populistischer Aufbruch oder Comeback der Schuldenkrise?, Sozialismus.de, Heft 7/8-2018, S. 29-35.

der Fiskalpolitik der Staaten der Eurozone, also einen radikalen Bruch mit der Austeritätspolitik.

2. Ein umfassendes europäisches Investitionsprogramm. Infolge der Krise sind die Investitionen bis 2016 in einigen Staaten stark eingebrochen, in Italien, Spanien und Portugal um ca. 30%. Im Durchschnitt der Eurozone lagen die Investitionen noch im Jahr 2016 etwa 15% niedriger als vor der Krise.
3. Die Einrichtung eines konjunkturellen Stabilisierungsfonds im EU-Haushalt, mit welchem die EU sowohl bei symmetrischen, aber auch asymmetrischen Krisen eingreifen kann. Dazu bedarf es einer wesentlichen Aufstockung des EU-Haushalts.
4. Die Schaffung eines zusätzlichen arbeitsmarktpolitischen Stabilisierungsfonds im EU-Haushalt, der Transfers in Länder mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit ermöglicht.
5. Die Stärkung der sozialen Komponente der WWU durch die Einführung von drei zusätzlichen Instrumenten: ein EU-weites europäisches Mindestlohnkonzept, ein EU-weites Mindesteinkommenskonzept und drittens die Bindung der nationalen Ausgaben für die soziale Sicherheit an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Staaten (sozialer Stabilitätspakt).
6. Die Unterstützung der von der Flüchtlingskrise besonders stark betroffenen EU-Mittelmeerränder, vor allem Italien und Griechenland, durch die Verteilung von Flüchtlingen auf andere Staaten.

Es geht darum, neues Vertrauen in den EU-Integrationsprozess zu schaffen, um so den Vormarsch populistischer, insbesondere rechtspopulistischer Parteien

und Bewegungen zu beenden, die gegen den Euro und die EU gerichtet sind. Die genannten Punkte sind zurückhaltender formuliert als das Programm eines alternativen europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells,<sup>10</sup> es geht aber wesentlich weiter als die moderaten Reformvorschläge, die seit 2017 auf EU-Ebene diskutiert werden. Bei der Umsetzung eines solchen Programms würde sich die sozioökonomische Lage in Italien deutlich stabilisieren und zum positiven entwickeln. Der italienische Staat könnte dann ein Mindesteinkommenssystem und weitere soziale Reformen einführen, ohne dabei gleichzeitig auf den Abbau der Staatsschuldenquote verzichten zu müssen.

<sup>3</sup> Zur Kritik an Flassbeck, der meint, die Staatsanleihen ließen sich nach Einführung einer neuen Währung 1:1 in diese umwandeln – es entstünden den Ausstiegstaaten damit keine höheren Kosten für die Bedienung der Anleihen – siehe auch die »Replik auf Heiner Flassbeck« von Klaus Busch u.a. auf Sozialismus.de vom 30. Januar 2017: [www.sozialismus.de/nc/vorherige\\_hefte\\_archiv/kommentare\\_analysen/detail/artikel/replik-auf-heiner-flassbeck-1/](http://www.sozialismus.de/nc/vorherige_hefte_archiv/kommentare_analysen/detail/artikel/replik-auf-heiner-flassbeck-1/).

<sup>4</sup> Zur Erläuterung der Target 2-Salden siehe: [www.bundesbank.de/.../DE/.../TARGET2/TARGET2\\_Saldo/target2\\_saldo.html](http://www.bundesbank.de/.../DE/.../TARGET2/TARGET2_Saldo/target2_saldo.html).

<sup>5</sup> »Draghis Warnung«, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 19, vom 24.1.2017.

<sup>6</sup> Statista: Target2-Salden der Euroländer, Juli 2018, [de.statista.com/statistik/daten/studie/233148/umfrage/target2-salden-der-eurolaender/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/233148/umfrage/target2-salden-der-eurolaender/).

<sup>7</sup> Vgl. auch Stephan Schulmeister: Das Richtige im Falschen: Verteidigen wir den Euro, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7/2018, S. 51-62.

<sup>8</sup> Schweden, Finnland, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Irland, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Österreich und Malta.

<sup>9</sup> Vgl. Klaus Busch/Joachim Bischoff/Hajo Funke: Rechtspopulistische Zerstörung Europas?, Hamburg 2018, S. 63ff.

<sup>10</sup> Siehe Klaus Busch u.a.: Europa geht auch solidarisch, a.a.O. Eine aktualisierte Version dieses Programms findet sich in: Busch, Klaus/Bischoff, Joachim/Troost, Axel: Wohin treibt Europa? Plädoyer für eine solidarische Union. Sozialismus.de extra, 11-2018.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).  
Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).  
Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)